

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

27.08.2018

Dieter Ilius

MLPD

28.08.2018

Bündnis gegen die neuen Polizeigesetze

Unterstützt das Berlin-Brandenburger gegen die neuen Polizeigesetze

Am Freitag, den 24.8.18 fand in Berlin ein erfolgreiches Treffen zur Gründung eines überparteilichen Berlin-Brandenburger Bündnis gegen die neuen Polizeigesetze statt. Es waren 40 Personen aus verschiedenen Spektren und Organisationen in Brandenburg und Berlin anwesend. Vereinheitlicht wurde sich, dass die von der Bundesregierung ausgehenden neuen Polizeigesetze, trotz etwas unterschiedlicher Varianten und Zeitpunkte in den einzelnen Ländern, einen gemeinsamen bundesweiten Widerstand erfordern und es nicht richtig wäre, abzuwarten bis die jeweiligen konkreten Gesetzesvorlagen in den einzelnen Ländern auf dem Tisch liegen.

Nach einer konstruktiven, solidarischen Diskussion, wurde mit großer Einmütigkeit eine Gründungserklärung des neuen Bündnisses und Grundsätze für die weitere Zusammenarbeit beschlossen. Wir schicken euch im Anhang die beiden Dokumente mit. Wir haben eine provisorische Koordinierungsgruppe mit Vertretern/Innen aus verschiedenen Spektren gebildet, die erweitert werden kann. Es wurde vereinbart, dass es eine 14-tägige Erklärungsfrist zur Unterstützung des Bündnisses gibt, bevor darüber öffentlich berichtet wird.

Wir möchten euch, Einzelpersonen, Initiativen, Organisationen und Parteien auffordern:

Unterstützt und macht mit bei der Entwicklung eines gemeinsamen bundesweiten Widerstandes aller demokratischen Kräfte gegen die neuen Polizeigesetze! Erklärt bitte als Einzelpersonen, Initiativen oder Organisationen eure Unterstützung des

Bündnisses bis zum 7.9. an die folgenden beiden Adressen und beteiligt euch entsprechend euren Möglichkeiten an zukünftigen praktischen Aktivitäten. Info-liste-berlin@gmx.de und [polizeigesetz stoppen brandenburg@riseup.net](mailto:polizeigesetz_stoppen_brandenburg@riseup.net)

Grundsätze des am 24.8.18 gegründeten Berlin-Brandenburger Bündnisses gegen die neuen Polizeigesetze

* Das Ziel unserer gemeinsamen Arbeit ist, die momentan vorbereiteten Verschärfungen der Polizeigesetze zu verhindern und einen Beitrag zu leisten für den bundesweiten Widerstand gegen die neuen Polizeigesetze. Unser Arbeitsschwerpunkt liegt dabei in Brandenburg und Berlin. Wir lehnen auch sogenannte Light-Versionen der neuen Polizeigesetze ab.

* Um die neuen Polizeigesetze zu stoppen, müssen alle antifaschistischen, demokratischen Kräfte zusammenarbeiten. Deshalb arbeiten wir, Einzelpersonen, Initiativen, Organisationen und Parteien auf einer überparteilichen Grundlage, gleichberechtigt zusammen.

* Das bedeutet auch, dass bei der Vorbereitung und Organisierung des Protestes und Widerstands die verschiedenen Spektren des Bündnisses ihren Standpunkt zum Ausdruck bringen können. Alle Kräfte in dem Bündnis gegen die neuen Polizeigesetze behalten ihre Eigenständigkeit und übernehmen zugleich Verantwortung für die gemeinsame Arbeit.

* Vorhandene oder auftretende Meinungsverschiedenheiten diskutieren wir solidarisch. Spaltungs- und Ausgrenzungsversuche lehnen wir ab.

* Das überparteiliche Bündnis arbeitet gleichberechtigt, unabhängig von unterschiedlichen finanziellen Ressourcen und Beiträgen

* Es ist eine Bereicherung, wenn politische Kräfte neben den Bündnismaterialien mit eigenen Texten, Aktionen und Erklärungen die Arbeit des Bündnisses stärken.

Gründungserklärung des am 24.8.18 gegründeten

Berlin-Brandenburger Bündnisses gegen die neuen Polizeigesetze

Ausgehend vom Bundesinnenministerium sollen in allen Bundesländern neue Polizeigesetze eingeführt werden, bzw. bestehende überarbeitet und erweitert werden. Auch in Brandenburg und Berlin. Die neuen Polizeigesetze, bzw. deren Verschärfung, stellen einen bisher nicht gekannten Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten dar. Jedem/jeder könnten damit grundlegende Rechte und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit entzogen werden. Die Polizei soll weitgehende Befugnisse bekommen und könnte ohne jeglichen richterlichen Beschluss und konkreten Anlass, Menschen in Vorbeugehaft nehmen. Die Überwachung und Ausspionierung soll massiv

ausgebaut werden, unter anderem mit staatlichen Trojanern. Zu alledem bedarf es nur eines Verdachts seitens der Polizei, es muss keine Straftat vorliegen. Die Videoüberwachung und die Militarisierung der Polizei wird weiter vorangetrieben. Polizei und Innenministerien stellen über die Medien falsch dar, dass der „unbescholtene Bürger“ davon nichts zu befürchten hätte. Tatsächlich ist letztlich jede*r betroffen – Migrant*innen, ArbeiterInnen, Hartz-IV-Empfänger usw, vor allem Menschen, die Kritik an den herrschenden Verhältnissen und der Rechtsentwicklung der Regierung haben. Dagegen gingen bundesweit in den letzten Wochen bereits mehr als 100 000 Menschen auf die Straße. In NRW wird das Polizeigesetz auf Druck der Öffentlichkeit nun nochmals überprüft.

Das Innenministerium Brandenburg hat bereits eine eigene Internetseite erstellt, um die öffentliche Meinung im Hinblick auf das geplante neue Polizeigesetz zu beeinflussen und deren Auswirkungen zu verharmlosen. Hier sind bereits für den Herbst diesen Jahres Gesetzesverschärfungen geplant. In Berlin fordern Kräfte aus CDU und SPD aktuell eine verstärkte Ton- und Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen. Der Innensenator hat ebenfalls eine Überarbeitung des Polizeigesetzes angekündigt.

Wir wollen mit unserer Arbeit eine kritische Gegenöffentlichkeit herstellen und zur Entwicklung des Widerstandes beitragen. Wir verstehen uns als Teil des bundesweiten Protestes und Widerstandes gegen die neuen Polizeigesetze und die Rechtsentwicklung der Regierung. Wir sind solidarisch mit den Bewegungen gegen die menschenverachtende Flüchtlingspolitik, die Kriminalisierung fortschrittlicher Kräfte, den Abbau sozialer Rechte, Mietwucher und Verdrängung, Entlassungen und prekäre Arbeitsverhältnisse, Umweltzerstörung und gegen verstärkte Aufrüstung und Militarisierung.

Wir sind ein Bündnis von antifaschistischen, demokratischen Einzelpersonen, Initiativen, Organisationen und Parteien. Wir sind offen für eine Zusammenarbeit bzw. eine enge Kooperation mit anderen Initiativen, die es in Berlin und Brandenburg gibt, und streben eine Verbreiterung des Bündnisses auf einer gleichberechtigten Grundlage an. Wir werden in der nächsten Zeit an den verschiedenen Orten eine intensive Öffentlichkeitsarbeit entwickeln, Flyer und Broschüren verbreiten, Infostände durchführen, neue Kräfte für das Bündnis gewinnen, eigene Kundgebungen/Demonstrationen organisieren und/oder sich an diesen beteiligen.

**Unterstützt und macht mit bei der Entwicklung eines gemeinsamen bundesweiten Widerstandes aller demokratischen Kräfte gegen die neuen Polizeigesetze!
Weg mit den neuen Polizeigesetzen!**

Verteidigung und Erweiterung demokratischer Rechte und Freiheiten!